



Beschlüsse der digitalen Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)

19. Juni 2021

Anträge

Inhaltsverzeichnis

AGS - AGS Anträge

AGS - 0001	Leitantrag: Die Transformation der Wirtschaft - den Wandel gestalten	3
AGS001	Rentenzusagen im PSVAG absichern	5
AGS005	Lebensbegleitendes Lernen mit neuen Steuereinnahmen unterstützen	6
AGS008	Aufforderung der AGS Bundesvorstände, Beiträge zu einer Neu-Aufstellung der AGS zu entwickeln	7
AGS013	Alternative Energien zulassen	8
AGS016	Energiewende beschleunigen	9
AGS017	Länderübergreifend arbeiten	10
AGS019	IT Ausschreibungen	11
AGS022	Grundrente	12
AGS025	Förderung der politischen Teilhabe sämtlicher Bevölkerungsschichten in Partei und Bundestag	13
AGS027	Arbeit soll sich mehr lohnen, als nicht zu arbeiten	14
AGS028	Entwicklung von Gewerbeblächen bei Veränderung der Arbeitsstrukturen	15
AGS030	CoWorking in Gewerbehöfen	16
AGS032	Kündigungsschutz im Gewerbemietrecht	17
AGS033	„Algorithmen-TÜV“	18
AGS035	Scheinselbstständigkeit	19
AGS036	Konsum stärken, Arbeitsplätze schützen	20
AGS040	Bürokratieabbau	21
AGS042	Rettungsschirm für den ÖPNV aufspannen und die Mobilitätswende sichern!	22
AGS043	Die Nachweisbarkeit von Lieferketten muss europaweit einheitlich geregelt werden - ohne Überforderung kleiner und mittlerer Unternehmen!	23

AGS045	Digitalisierung einer Schulinfrastruktur sowie EDV-Ausstattung aller Schüler*innen unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Elternhäuser	24
AGS048	Klimaschutz einfach machen	26
AGS049	Altersversorgung – die Rente auch in Zukunft sichern	27
AGS050	Steuertransparenz	29
AGS051	Prinzip Lokale Steuergewinnung	30
AGS056	Deutsche Unternehmen als Friedensstifter in der Welt	31
AGS057	Wirtschaftsauskunfteien	32
AGS058	Restschuldbefreiung	33
AGS059	Ausbildungseigungsverordnung für Kleinbetriebe anpassen	34
AGS061	Controlling	35
AGS062	Digitalisierung sozialverträglich gestalten	36

Antrag AGS - 0001: Leitantrag: Die Transformation der Wirtschaft - den Wandel gestalten

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand		
Status:	angenommen		
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme		
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge		
Abstimmung	Ja:	(94.286 %)	33
	Nein:	(5.714 %)	2
	Enthaltung:		0
	Gültige Stimmen:		35

- 1 Die Welt befindet sich inmitten eines Transformationsprozesses, dem sich auch Europa und Deutschland nicht entziehen können. Die Wirtschaft wird sich durch den drohenden Klimawandel komplett neu erfinden müssen, ebenso wie unsere Gesellschaft.
- 2 Die Auswirkungen durch Digitalisierung, KI und Energiewende werden verstärkt von Handelskonflikten und Kriegen, die auch uns immer mehr betreffen.
- 3 Wir werden dabei nicht zuschauen, sondern diesen Wandel aktiv gestalten. Wir werden und müssen die notwendigen Veränderungen ökonomisch, ökologisch und sozial verträglich für alle entwickeln, ohne unseren Wohlstand zu gefährden und die Leistungen der letzten 70 Jahre auch für kommende Generationen zu bewahren.
- 4 Mobilität:
- 5 Wir fordern hierzu eine ergebnisoffene Forschung ohne eine Bevorzugung einzelner Technologien. Als Lösung zu einer CO2-freien Mobilität werden Wasserstoff ebenso wie Ecofuels und auch Batteriefahrzeuge im Mix als Lösung beitragen. Für uns ist der gesamte ökologische Fußabdruck entscheidend. Hierbei wird es notwendig, die Wertschöpfungskette weitgehend in Deutschland und Europa anzusiedeln, um den Erfolg unserer Unternehmen im Mobilitätssektor zu sichern.
- 6 Umwelt/Klima:
- 7 Eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist essenzielle Voraussetzung für eine klimaneutrale Welt. Das Klimapaket eignet sich als erster Impuls für Handwerk, Gebäudesanierung und Energieerzeugung. Gleichwohl wird es erforderlich, umgehend weitere Maßnahmen für Energieeinsparungen einzuleiten und umzusetzen. Wir fordern unbürokratisch erreichbare Lösungen und Fördermittel.
- 8 Wir lehnen die Gewinnung von Erdöl und Erdgas durch Fracking ab und fordern die Bundestagsfraktion auf, die Parteidagsbeschlüsse umzusetzen und sich gegen den Einsatz solcher Verfahren in Deutschland bzw. den Kauf von durch derartige Verfahren gewonnene Rohstoffe auszusprechen.
- 9 Bildung:
- 10 Deutschlands wichtigster „Rohstoff“ ist der gut gebildete und ausgebildete Mensch. Neben der gut geförderten akademischen Bildung ist das Fundament für eine erfolgreiche Wirtschaft die duale Ausbildung. Hier gibt es deutliche Defizite in der Finanzierung, die verringert werden müssen. Nachdem die Einführung des Mindestlohns

32 ein Schritt zur besseren Akzeptanz beruflicher Bildung war, müssen jetzt die
33 Ausbildungsbetriebe entlastet werden, damit sie weiterhin die Hauptbürde der
34 Ausbildung möglichst vieler junger Menschen tragen können.

35 Ein Beitrag dazu sollte die Freistellung der Betriebe und der Auszubildenden von
36 anteiligen Sozialabgaben sein.

37 **Infrastruktur:**

38 Wir fordern, endlich die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene umzusetzen und
39 das Schienennetz insofern unverzüglich zu ertüchtigen. Ein leistungsfähiger Personen-
40 und Güterverkehr muss gleichzeitig und 24 Stunden / 7 Tage möglich sein. Ergänzend
41 sind ausreichend Güterverkehrszentren für die letzte Meile zu errichten. Hierdurch
42 werden der CO2-Ausstoß reduziert und die Straßen entlastet, so dass auf Straßenneubau
43 größtenteils verzichtet werden kann. Hierbei müssen Verfahren beschleunigt und die
44 notwendigen Entscheidungen zum Wohle aller schnellstmöglich getroffen werden.

45 **Handel:**

46 Europa muss eine gemeinsame Antwort auf das chinesische Projekt „Neue Seidenstraße“
47 entwickeln. Deutschland, als einer der Endpunkte, hat hier ein besonderes Interesse,
48 dass der Warenfluss gleichberechtigt in beide Richtungen geht und es keinerlei
49 Zugangsbeschränkungen für den Handel mit den Staaten an der Handelsroute gibt. Wir
50 fordern die Bundestagsfraktion sowie die S&D Fraktion im Europäischen Parlament auf,
51 sich für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen mit der Eurasischen Union und
52 Russland einzusetzen und sich Eimmischungen Dritter, wie z. B. den USA,
53 entgegenzustellen. Auch hierbei sind die bestehenden Parteitagsbeschlüsse
54 umzusetzen.

55 **Soziale Sicherungssysteme:**

56 Wir fordern die Bundespartei auf, eine umfassende Bürgerversicherung für alle zu
57 entwickeln und die Umsetzung zu forcieren.

58 Die Belange von Selbständigen sind hierbei verständnisvoll zu berücksichtigen.

59 **Europa:**

60 Nach dem Brexit muss Europa mit einer Stimme seine Interessen gegen China und die USA
61 behaupten.

62 Wir fordern, die Handelsbeschränkungen gegen Russland zu reduzieren oder ganz
63 aufzuheben und die Interessen Europas auch in den Beziehungen mit Russland
64 umzusetzen. Die Fluchtursachen werden gerade in Nordafrika wieder größer durch den
65 drohenden Stellvertreterkrieg zwischen Iran und den USA.

66 Hier kann nur ein geeintes Europa eine Eskalation verhindern und durch Investitionen
67 eine Zukunftsperspektive für die Menschen schaffen und gleichzeitig etwas für die CO2
68 Bilanz in Europa tun. Europa tun.

Antrag AGS001: Rentenzusagen im PSVAG absichern

Antragsteller*in:	Bezirk Hannover, AGS Bundesvorstand
Status:	überwiesen an den AGS Bundesvorstand
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den AGS-Bundesvorstand
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich bei der Gesetzgebung dahingehend einzusetzen, dass alle Renten verpflichtend bei PSVAG abgesichert werden müssen (wie Betriebsrenten).

Empfänger*in(nen):

AGS-Bundesvorstand

Antrag AGS005: Lebensbegleitendes Lernen mit neuen Steuereinnahmen unterstützen

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die (überwiegend staatlichen) Mittel für die Lernprozesse und ihre Absicherung müssen
- 2 durch ein erhöhtes Steueraufkommen aufgebracht werden. Wir fordern dafür:
- 3 • Einführung einer Digitalsteuer, insb. auf weltweit tätige Konzerne;
- 4 • (Wieder-)Einführung einer Steuer auf Börsengeschäfte aller Art, insb. spekulative;
- 5 • Erhöhung der Erbschaftsteuer auch bei Firmenvermögen mit Verschonungen nur bei verbindlicheren Zusagen zur zukünftigen Personalsituation als bisher;
- 6 bei sonstigen Erbfällen muss es gut kommunizierte, großzügige Freibeträge für
- 7 Ehepartner und Kinder geben, um Ängste und Ablehnung abzubauen;
- 8 • Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer;
- 9 • Kostenbelastung von CO2-Ausstoß ohne soziale Härten.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS008: Aufforderung der AGS Bundesvorstände, Beiträge zu einer Neu-Aufstellung der AGS zu entwickeln

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	überwiesen an AGS-Bundesvorstand
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an AGS-Bundesvorstand
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Der AGS Bundesvorstand und die AGS- Vorstände der Länder sollten (zumindest) ihre
- 2 Vorstandsmitglieder dazu auffordern, Beiträge zu einer Neu-Aufstellung der AGS zu
- 3 entwickeln, zu diskutieren und in einer deutschlandweiten Arbeitsgruppe
- 4 (Videokonferenzen) vorzustellen und nach Weiterbearbeitung umzusetzen.

Empfänger*in(nen):

AGS-Bundesvorstand

Antrag AGS013: Alternative Energien zulassen

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass
- 2 1. re-powering bestehender Wind- und Wasserkraftanlagen ohne neue Artenschutz- und
- 3 Umweltschutzprüfungen erfolgen können
- 4 2. bundeseinheitliche Regeln für Arten- und Umweltschutz bei Wind- und
- 5 Wasserkraftanlagen festgeschrieben werden
- 6 3. Artenschutz statt Schutz einzelner Tiere als Grundlage der Artenschutzgutachten
- 7 festgeschrieben wird
- 8 4. Abstandsregeln bei Windkraftanlagen durch die für alle sonstigen Anlagen und
- 9 Vorhaben geltende TALärm ersetzt werden

Antrag AGS016: Energiewende beschleunigen

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die Energiewende entfesseln. Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für eine deutliche Vereinfachung bei den Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien, sowie deren Registrierung einsetzen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS017: Länderübergreifend arbeiten

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, die Bürokratie bei
- 2 grenzüberschreitendem Arbeiten (z.B. Frankreich A1 Formular) zu verschlanken und SMEs
- 3 die grenzüberschreitende Tätigkeit zu ermöglichen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS019: IT Ausschreibungen

Antragsteller*in:	Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Bei IT Ausschreibungen der öffentlichen Verwaltung ist durch Verordnungen darauf einzuwirken, dass der bestehende gesetzliche Ansatz für die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen auch umgesetzt wird. Bei IT Ausschreibungen müssen die allgemein üblichen Regelungen zu den bereits erbrachten identischen bzw. vergleichbaren Referenzprojekten entfallen.
- 2 Als Standardverfahren für IT Ausschreibungen im Bereich der Softwareentwicklung sind mehrstufige Teilnahmewettbewerbe oder Verhandlungsverfahren vorzusehen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS022: Grundrente

Antragsteller*in:	Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die Zeiträume, in denen Kleinst- und Kleinbetriebe sozialversicherungspflichtig ArbeitnehmerInnen beschäftigen, werden den Unternehmern und Unternehmerinnen als Pflichtbeitragszeiten bei der Berechnung für die Grundrente anerkannt.
- 2
- 3

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS025: Förderung der politischen Teilhabe sämtlicher Bevölkerungsschichten in Partei und Bundestag

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die SPD in Bund und Land möge dringend und mit hohem Einsatz für Regelungen sorgen,
- 2 welche die politische Teilhabe sämtlicher Bevölkerungsschichten in Partei und
- 3 Bundestag fördert, um die stetig wachsende Politikverdrossenheit in weiten
- 4 Bevölkerungsteilen zu stoppen, die sich nicht mehr ausreichend im politischen
- 5 Willensbildungsprozess und damit einhergehenden Legislativakten repräsentiert fühlen.

Empfänger*in(nen):

*SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Bundestagsfraktion*

Antrag AGS027: Arbeit soll sich mehr lohnen, als nicht zu arbeiten

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die AGSNRW soll das erstellte „Sozialstaatskonzept2030“ der neu gegründeten Wahl-Programmkommission und dem Parteivorstand der SPD in einer Präsentation vorstellen
- 2 dürfen, damit es als Diskussionsgrundlage um ein Wahlprogramm für die Bundestagswahl2021 genutzt werden kann.
- 3
- 4
- 5 Das ganzheitliche Konzept soll die Sozialsysteme Rente, Pflege, Einkommen und
- 6 Steuergerechtigkeit erheblich reformieren, sowie Hartz 4 und Kinderarmut überwinden.
- 7 Ebenso bietet das Konzept Selbstständigen Lösungen gegen Altersarmut und eine ganz
- 8 neue Alternative auf ein Grundeinkommen für Erwerbslosigkeit. Es soll Kommunen um
- 9 ca. 10 Mrd. € an Sozialleistungen p.a. entlasten. Durch die Einsparungen soll es
- 10 dauerhaft zu sinkenden Gewerbesteuerabgaben und mehr Chancengleichheit bei der
- 11 Bildung künftiger Fachkräfte für Unternehmen führen. Dem Antrag beigefügt ist eine
- 12 einseitige Zusammenfassung des Sozialstaates, eine 8-seitige Erklärung inklusive
- 13 eines ganzheitlichen Finanzierungsvorschlages und die dazugehörigen Konzepte, welche
- 14 der Diskussion im Parteivorstand dienen sollen. Das Sozialstaatskonzept erfüllt dabei
- 15 die Vorgaben des Sozialstaatspapiers der SPD und beachtet dazu noch weitere
- 16 sozialstaatliche Aspekte.

17

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

Antrag AGS028: Entwicklung von Gewerbegebäuden bei Veränderung der Arbeitsstrukturen

Antragsteller*in:	Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass in der Entwicklung von Gewerbegebäuden und im Städtebau folgende Punkte berücksichtigt werden:
- 2 1. Gewerbegebäuden sollen entlang der Nutzungsart (bspw. Büro / Lager / Labor) und nicht mehr entlang dem Nutzer (also einer Firma, die alles auf einem Grundstück will) ausgerichtet werden. Flexible und gut nutzbare Flächenkonzepte haben den Vorrang vor „Wagenburgen“.
- 3 2. Das gemeinsame Nutzen von Infrastruktur wie Besprechungszimmern, Laboren etc. soll gefördert und belohnt werden.
- 4 3. Je höher die Qualität einer Fläche (in der Regel: je zentraler), desto mehr ist ein flexibles und auf eine Mehrzahl gemeinsamer Nutzer ausgerichtetes Konzept zu fordern.
- 5 4. Städtische und ländliche Räume müssen im Zusammenhang gedacht und partnerschaftlich entwickelt werden. Produktions- und Lagerflächen in der Peripherie sollen mit Büroflächen in der Stadt sollen aufeinander abgestimmt und verzahnt geplant werden.
- 6 5. Nichtstörende Gewerbegebäuden (Büros) und Wohnen sollen noch enger zusammenrücken und nach Möglichkeit in einem Quartier entwickelt werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS030: CoWorking in Gewerbehöfen

Antragsteller*in:	Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die AGS Bayern fordert die SPD-Fraktion im Bundestag auf, ein Förderprogramm auf den Weg zu bringen zur Errichtung von speziellen Handwerker- und Gewerbehöfen in Ballungszentren und die Gewerbehöfe mit CoWorking-Bereichen auszustatten.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS032: Kündigungsschutz im Gewerbemietrecht

Antragsteller*in:	Landesverband Bayern		
Status:	angenommen		
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung		
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge		
Abstimmung	Ja:	(45.946 %)	17
	Nein:	(54.054 %)	20
	Enthaltung:		0
	Gültige Stimmen:		37

- 1 Für gewerbliche Mietverträge wird ein Schutz gegen willkürliche Kündigungen
- 2 eingeführt. Willkürlich ist eine Kündigung insbesondere, wenn der Vermieter sich den
- 3 durch den Mieter geschaffenen Geschäftswert durch Mieterhöhung oder Neuvermietung
- 4 einzuverleiben will.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS033: „Algorithmen-TÜV“

Antragsteller*in:	Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 1. Entscheidungen, die im Wege automatisierter Datenverarbeitung (Algorithmen, Big Data) gefällt werden, müssen mindestens an gleich strengen Maßstäben (AGG, etc.) gemessen werden, wie durch Menschen gefällte Entscheidungen.
- 2 2. Es ist ein gesetzlicher Rahmen (beispielsweise im geplanten KI-Gesetz) dafür zu schaffen, dass die automatisierten Entscheidungen zugrunde liegenden Programmierung / Vorgaben (Algorithmen) und das von ihnen Erlernte durch eine Aufsichtsbehörde sowohl hinsichtlich ihrer Wirkweise, wie aber auch hinsichtlich der Ergebnisse überwacht werden können.
- 3 3. Zeigt die Prüfung eines Entscheidungsmechanismus, dass dieser zu unzulässigen (beispielsweise weil AGG-widrigen) Ergebnissen führt, so muss die Behörde berechtigt sein, mittels Auflagen korrigierend einzutreten, bis hin zum Verbot der künftigen Anwendung.
- 4 4. In besonders sensiblen Bereichen (Gesundheit, etc.) kann der Einsatz automatisierter Entscheidungsverfahren von einer vorherigen behördlichen Genehmigung abhängig gemacht werden.

Empfänger*in(nen):

höhere SPD-Gliederungen

Antrag AGS035: Scheinselbstständigkeit

Antragsteller*in:	Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die AGS Bayern fordert die SPD-Fraktion im Bundestag auf, die Kriterien zur
- 2 Statusfeststellung hinsichtlich der Scheinselbstständigkeit zu überarbeiten und eine
- 3 unabhängige Prüfinstanz dafür einzusetzen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS036: Konsum stärken, Arbeitsplätze schützen

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die Bundesversammlung möge die SPD-Bundestagsfraktion damit beauftragen, temporäre Steuererleichterungen für Kleinunternehmer und für von Armut bedrohte Arbeitnehmer*innen einzubringen.
- 2 Es soll folgendes von SPD-Bundestagsfraktion beantragt werden:
 - 5 1. Wegen noch weiteren möglichen Folgen der immer noch andauernden Corona-Krise und um Konsum zu fördern, soll zunächst eine temporäre Anhebung des Steuerfreibetrags auf 30.000 € für das Jahr 2020 erfolgen.
 - 8 2. Wegen einer benötigten neuen und sehr hohen Staatsverschuldung, soll kostspielige Bürokratie unterbunden werden. Daher soll die Bedarfsprüfung der ersten Soforthilfen für Solo- und Kleinselbstständige vollständig entfallen.
 - 11 3. Als finanzieller Ausgleich der Steuerverluste soll der noch bestehende Solidaritätszuschlag temporär zunächst für 2021 adäquat angehoben werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS040: Bürokratieabbau

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Länder und Bund müssen jeweils die in ihrer Zuständigkeit befindlichen Verfahren im
- 2 Bau- und Vergabebereich beschleunigen, damit Hilfsmaßnahmen kurzfristig wirken und
- 3 Investitionen schneller umsetzbar werden.

Empfänger*in(nen):

SPD Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag AGS042: Rettungsschirm für den ÖPNV aufspannen und die Mobilitätswende sichern!

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Bund und Länder müssen Zuschüsse für die laufenden Kosten, aber auch den weiteren
- 2 Ausbau bereitstellen. Der ländliche Raum darf nicht vergessen werden!

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS043: Die Nachweisbarkeit von Lieferketten muss europaweit einheitlich geregelt werden - ohne Überforderung kleiner und mittlerer Unternehmen!

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

¹ Antragstext wie Überschrift

Antrag AGS045: Digitalisierung einer Schulinfrastruktur sowie EDV-Ausstattung aller Schüler*innen unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Elternhäuser

Antragsteller*in:	Bezirk Braunschweig
Status:	überwiesen an den AGS-Bundesvorstand
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den AGS-Bundesvorstand
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Spätestens die PISA-Studie aus 2015 hat gezeigt, dass unser Bildungssystem im
 2 internationalen Vergleich keine Spitzenposition einnimmt.
 3 Die aktuelle Corona-Pandemie offenbart, dass unsere Schulen trotz DigitalPakt von
 4 einer funktionierenden Digitalisierung weit entfernt sind.
- 5 Der „DigitalPakt Schule“ soll Mittel für die Hardware und Software-Ausstattung der
 6 Schulen bereitstellen. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel wurden bisher
 7 kaum abgerufen, viele Schulen waren auf diese Ausnahmesituation der Pandemie nicht
 8 oder schlecht vorbereitet.
 9 Die aktuelle Situation hat darüber hinaus gezeigt, dass viele Lehrer*innen im Bereich
 10 Digitalisierung unzureichend ausgebildet und/oder ausgestattet sind.
- 11 Viele Schüler*innen waren während des Lockdown wegen fehlender EDV-Ausstattung im
 12 Elternhaus nur bedingt in der Lage, einem angebotenen Online-Unterricht zu folgen.
 13 Damit steht fest, dass allein ein DigitalPakt zur technischen Ausstattung der
 14 Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen nicht reicht.
- 15 Die zwingend notwendige Verbesserung der Digitalisierung der Schulinfrastruktur
 16 betrifft somit die Schulen selbst sowie die Lehrkräfte und die Schüler*innen.
 17 Um das Ziel einer funktionierenden Digitalisierung der Schulinfrastruktur zu
 18 erreichen, sind zentrale Bedingungen Voraussetzung, deren Umsetzung gefordert wird:
- 19 • Einrichtungen in den Schulen
 20 • Breitband-Anbindung
 21 • Rechenzentren
 22 • WLAN bis ins Klassenzimmer
 23 • Schulcloud
 24 • technische Ausstattung / Endgeräte (digitale Tafeln, Monitor, Whiteboard, Beamer)
 25 • Planung und Unterstützungsleistungen durch externe Dienstleister zur Generierung
 26 von Fördergeldern für Schulen aus dem DigitalPakt (Erstellung eines technischen
 27 Konzeptes, Ausschreibungsverfahren)
 28 • Implementierung eines Digital-Prozesses in jeder Schule sowie zwingend
 29 kontinuierliche Kommunikation zwischen Schule und Eltern,

30 *Lehrkräfte*

- 31 • adäquate Ausbildung der Lehrkräfte (Entwicklung eines Ausbildungs- und
- 32 Weiterbildungskonzeptes „Digitales Lernen“)
- 33 • Sicherstellung der technischen Ausstattung aller Lehrkräfte für den Online-
- 34 Unterricht
- 35 *Schüler*innen*
- 36 • technische Ausstattung aller Schüler*innen für den Online-Unterricht
- 37 • finanzielle Unterstützung des Staates (bundeseinheitlich) von sozial schwachen
- 38 Familien, um allen Schüler*innen die Möglichkeit zu eröffnen, digitale
- 39 Ausbildungsangebote wahrnehmen zu können

Empfänger*in(nen):

AGS-Bundesvorstand

Antrag AGS048: Klimaschutz einfach machen

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	überwiesen an den AGS-Bundesvorstand
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den AGS-Bundesvorstand
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass PV-Anlagen bis zu 10 kWp
- 2 Leistung auf Privathaushaltusern als Privatangelegenheit und nicht als Gewerbetrieb zu
- 3 behandeln sind. Die Bürokratie muss auf die Anmeldung der Anlage beim
- 4 Energieversorger und der Netzagentur beschränkt werden, was durch den Installateur
- 5 erledigt werden kann.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS049: Altersversorgung – die Rente auch in Zukunft sichern

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

1 Durch den wirtschaftlichen Wandel und die Veränderungen in der Arbeitswelt sehen wir
 2 die Altersversorgung – sprich Rente in Gefahr. Deshalb fordert die AGS, die Rente
 3 muss auch in Zukunft sicher sein. Die Sicherung muss konsequenter verfolgt werden.
 4 Dies kann nicht in der Hauptsache durch private Vorsorge geschehen. Die Vergangenheit
 5 hat gezeigt, dass die Altersvorsorge ein Gesellschaftspolitisches Unterfangen bleiben
 6 muss. Die Altersversorgung in Deutschland muss auch in Zukunft gewährleistet werden
 7 und vor allem bezahlbar bleiben. Hier muss ein Strategie Wechsel her. Dieses Thema
 8 muss jetzt auf die Agenda.
 9 Die Forderung der AGS ist nicht neu. Jedoch muss das Thema nun aber konsequent und
 10 Ideologiefrei verfolgt werden.
 11 Wir die AGS fordern: Jeder und vor allen jede Einkommensart muss dazu beitragen, das
 12 die Altersvorsorge gesichert wird. Und wenn wir sagen jede Einkommensart, dann meinen
 13 wir auch jede Einkommensart. Auch meinen wir bei all, Arbeitnehmer, Selbständige und
 14 Beamte müssen in die Deutsche Rentenversicherung einen Grundbeitrag der noch zu
 15 berechnen ist, einzahlen. Damit erwirbt sich auch jeder Bürger/innen einen Anspruch
 16 auf eine Grundversorgung im Alter. Auch das ist ganz bewusst beabsichtigt.
 17 Wir wissen auch, diese Umstellung natürlich Übergangsfristen bedarf, z.B. bei
 18 Beamten.
 19 All dies kann geregelt werden und muss auch geregelt werden. Es muss aber jetzt
 20 angepackt werden. Die Menschen in Deutschland erwarten von uns und der Politik, dass
 21 wir dieses Vorhaben Anpacken und auch für die Zukunft lösen.
 22 Wir die AGS halten auch in Zukunft am System fest, dass die Altersvorsorge / Rente
 23 weiterhin durch die Deutsche Rentenversicherung getragen und verwaltet wird.
 24 Begrifflichkeiten wie Bürgergeld, oder jeder ist für sich selbst verantwortlich
 25 helfen bei der Bewältigung der vor uns liegenden Aufgabe überhaupt nicht weiter.
 26 Die AGS fordert deshalb, dass ohne jegliche Ideologische Verbohrtheit das Thema auf
 27 die Agenda kommt. Und Lösungen gefunden werden. Versicherungen und Ihre Vertreter sind
 28 erst einmal nicht in diesen Prozess einzubinden.
 29 Da es erst einmal nicht um die private Vorsorge für die Altersvorsorge geht. An der
 30 Notwendigkeit das auch jeder einzelne selbst etwas für die Altersvorsorge tun muss
 31 kommen wir nicht mehr vorbei. Das ist uns schon bewusst. Nur jetzt muss man daran
 32 gehen ein gesellschaftlicher Konsens herzustellen um einen Grundversorgung
 33 langfristig zu sichern. Und hier hat die Versicherungswirtschaft erst einmal außen
 34 vor zu bleiben.

- 35 Die AGS unterstützt auch die Forderung aus der SPD, dass auch Abgeordnete des
- 36 Bundestages und der Länderparlamente Beiträge für die Altersvorsorge in die Deutsche
- 37 Rentenversicherung zahlen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS050: Steuertransparenz

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert sich während der deutschen EU
- 2 Ratspräsidentschaft
- 3 dafür einzusetzen, dass der von der EU Kommission vorgelegte Gesetzesvorschlag
- 4 für mehr Transparenz in Steuerpolitik wieder auf die Tagesordnung kommt und
- 5 verabschiedet wird.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS051: Prinzip Lokale Steuergewinnung

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, damit das
 2 „Prinzip der Lokalen Besteuerung von Unternehmen die innerhalb Europas tätig sind“
 3 bei der Gewinnermittlung von Unternehmen und Konzerne Anwendung zu finden
 4 Damit sollte der legalen Gewinnverschiebung bei international tätigen Unternehmen und
 5 Konzerne Einhalt geboten werden.
 6 Unternehmen wie IKEA, Starbucks, Appel und Google um nur eine wenige zu nennen zahlen
 7 an den Orten an denen sie tätig sind und Gewinne erwirtschaften wenig oder gar keine
 8 Steuern. Sie profitieren davon, dass sie durch ausgefeilte Firmenpolitische
 9 Entscheidungen wie zum Beispiel hohe Lizenzgebühren, internen Warenlieferungen die
 10 Gewinne vorsätzlich
 11 minimieren.
 12 Für Europa muss gelten, wo der Gewinn erzielt wird, muss er auch gerecht versteuert
 13 werden. Städte und Gemeinden halten für diese Unternehmen die Infrastruktur bereit
 14 und diese Unternehmen beteiligen sich in keiner Weise an der Finanzierung der
 15 selbigen in dem sich
 16 das Prinzip der legalen Steuervermeidung betreiben.
 17 Dem Prinzip der legalen Steuervermeidung von international tätigen Unternehmen in
 18 Europa muss Einhalt geboten werden um Steuergerechtigkeit gegenüber Unternehmen die
 19 nur lokal tätig sind herzustellen.
 20 Die AGS erwartet das sich die Experten für Steuerrecht auf EU Ebene Gedanken machen
 21 diesem System im Sinne des freien Warenaustausches und Warenverkehr Einhalt zu
 22 gebieten und gleichzeitig Steuergerechtigkeit herzustellen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS056: Deutsche Unternehmen als Friedensstifter in der Welt

Antragsteller*in:	AGS Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen
- 2 werden aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, dass deutsche Unternehmen bei
- 3 Investitionen in Entwicklungshilfe-Ländern besonders gefördert und unterstützt
- 4 werden. Diese Unterstützung soll
- 5 gewährt werden für alle Investitionen, die einen Friedensprozess stärken und die dazu
- 6 beitragen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern.
- 7 Die Einsetzung ortskundiger, vertrauenswürdiger Personen ist essenziell für das
- 8 Gelingen von nachhaltigen Investitionen in solchen Ländern, da die Akzeptanz der
- 9 Bürger der jeweiligen Länder gegenüber ihresgleichen sehr viel höher ist, als
- 10 gegenüber vollkommen fremden Personen anderer Nationalitäten und damit erheblich zum
- 11 Gelingen solcher Investitionen beiträgt. Sie soll deshalb bei der Förderung der
- 12 Vorhaben berücksichtigt werden.

Empfänger*in(nen):

*SPD-Bundesparteitag
sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen*

Antrag AGS057: Wirtschaftsauskunfteien

Antragsteller*in:	Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Auflösung der Wirtschaftsauskunfteien, wie z.B. Schufa, Creditreform u.v.a., einzusetzen.
- 2
- 3

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS058: Restschuldbefreiung

Antragsteller*in:	Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, sich umgehend für die Rücknahme der
- 2 Genehmigung zur Speicherung von Restschuldbefreiungen durch die
- 3 Wirtschaftsauskunfteien einzusetzen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag AGS059: Ausbildungseigungsverordnung für Kleinbetriebe anpassen

Antragsteller*in:	Bezirk Hannover
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Es gibt in unserem Regelwerk viele Beispiele dafür, dass Kleinbetriebe mit weniger
- 2 als 10 Mitarbeiter*innen anders bewertet und reguliert werden als Mittlere- und
- 3 Großbetriebe, z.B. Kündigungsschutz, Betriebsrat...
- 4 Wir fordern deshalb für Kleinbetriebe hinsichtlich der AEVO eine Ausnahmeregelung
- 5 bezüglich der Anzahl der pädagogisch geschulten Mitarbeiter*innen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundesparteitag

Antrag AGS061: Controlling

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	überwiesen an den AGS-Bundesvorstand
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den AGS-Bundesvorstand
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Einführung eines wirksamen Kontrollelements zur Überprüfung der Umsetzung gefasster
- 2 Beschlüsse auf der AGS-Bundeskongress. Das entwickelte AGS-Kontrollelement soll auch
- 3 in anderen Bundes- und Arbeitsgemeinschaften aktiv beworben werden. Wir fordern, dass
- 4 im jeweiligen Rechenschaftsbericht des AGS-Bundesvorstandes aufgelistet wird, was aus
- 5 den beschlossenen Anträgen der vorangegangenen Bundeskonferenzen geworden ist. Diese
- 6 Angaben sind in zukünftigen Rechenschaftsberichten verpflichtend.

Empfänger*in(nen):

AGS-Bundesvorstand

Antrag AGS062: Digitalisierung sozialverträglich gestalten

Antragsteller*in:	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AGS - AGS Anträge

- 1 Mit der fortschreitenden Digitalisierung verändert sich das Leben für alle Menschen.
- 2 Umso wichtiger ist es jetzt, dass entsprechende Maßnahmen geschaffen werden, um
- 3 diesen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel sozialverträglich zu gestalten.
- 4 Niemand darf auf Grund seiner familiären und damit oft auch wirtschaftlichen Herkunft
- 5 abhängig werden. Der Staat muss in flächendeckende Strukturen investieren. Die
- 6 Investitionen müssen sowohl flächendeckend in technische Maßnahmen als auch in
- 7 Bildungsmaßnahmen erfolgen, damit alle Bürger*innen am digitalen Wandel der
- 8 Gesellschaft teilhaben zu können. Eine weitere Spaltung der Gesellschaft, weil
- 9 Menschen sich den technischen Fortschritt nicht erlauben können, werden wir nicht
- 10 akzeptieren.
- 11 Die AGSNRW beantragt daher folgende Maßnahmen:
- 12 1. Die Breitbandversorgung muss für alle Regionen in hohem Tempo vorangetrieben
- 13 werden. Bis Ende 2022 muss für alle Bürger*innen eine einwandfreie Netzqualität
- 14 verfügbar sein.
- 15 2. Der Staat muss in flächendeckende Strukturen investieren. Es müssen Standards in
- 16 der Bildung, also in Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, Fachhochschulen und
- 17 Universitäten geschaffen und finanziert werden. Die KFW muss einen Sonderförderkopf
- 18 für die Weiterbildung im Bereich der Digitalisierungsanforderungen einrichten.
- 19 3. Die Nutzer*innenrechte im Internet müssen im Sinne der DGSVO abgesichert werden.
- 20 Die DGSVO muss entsprechend der Unternehmensgröße angepasst werden. Die Regulierung
- 21 muss im Einklang mit dem technischen Fortschritt stehen. Eine kontinuierliche
- 22 Evaluierung ist dazu erforderlich.
- 23 4. Die Onlineangebote für Behördenangelegenheiten müssen deutlich verbessert werden,
- 24 so dass die persönlichen Behördenbesuche auf ein durch Gesetz vorgegebenes Minimum
- 25 reduziert werden.
- 26 5. Die digitale Verfahrensdokumentation im Sinne der DGSVO ist für Kleinunternehmen
- 27 sehr aufwändig. Diese müssen entsprechend dem unternehmerischen Umfang angepasst
- 28 werden.
- 29 6. Die Weiterbildungsangebote im Bereich der Digitalisierung so wie deren

- 30 Finanzierung müssen deutlich erhöht werden, damit die Teilhabe aller Bürger*innen an
- 31 diesem gesellschaftlichen Wandel sichergestellt wird.